

**BUNDESPRÄSIDENTIALAMT****BERLIN, 24. Oktober 2013**
Spreeweg 1Geschäftszeichen: 21-624 34-13-1/12
(bei Zuschriften bitte angeben)

An die Vorsitzende von
Restitution und Menschenrechte
in Rumänien e.V.
Frau Karin Decker-That
Boschstraße 12a

86343 Königsbrunn

Sehr geehrte Frau Decker-That,

haben Sie Dank für Ihr Schreiben vom 12. Oktober 2013 an den Herrn Bundespräsidenten. Wegen der Vielzahl an täglich eingehenden Zuschriften ist es ihm leider nicht möglich, diese alle selber zu beantworten – so gern er dies auch täte. Deshalb hat er mich gebeten, Ihnen zu schreiben.

In Ihrem Schreiben beklagen Sie die unzureichende Regelung der Restitution in Rumänien.

Der rumänische Präsident Basescu hat das neue Restitutionsgesetz am 15. Mai 2013 verkündet, nachdem das Verfassungsgericht die ihm vorgelegten verfassungsmäßigen Bedenken zurückgewiesen hat.

Auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hatte - soweit bekannt - den Entwurf des Restitutionsgesetzes trotz verbleibender Kritikpunkte als im Ergebnis mit dem Pilotverfahren "Atanasiu" vereinbar akzeptiert, nachdem sich die rumänische Regierung verpflichtete, Änderungsvorschläge des EGMR in das Restitutionsgesetz einzuarbeiten.

In der Praxis wird es darauf ankommen, dass die im Gesetz vorgesehenen Entscheidungsfristen respektiert, Korruption und politische Einflussnahme wirksam bekämpft werden und Entschädigungen tatsächlich bei Betroffenen wie Ihnen ankommen. Dies wünscht sich auch der

...

Briefanschrift: Bundespräsidialamt 11010 Berlin, Internet: <http://www.bundespraesident.de>
E-Mail: poststelle@bpra.bund.de

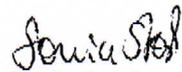
Telefon: (030) 2000 - 0 Behördennetz: (030) 18 200 - 0 (Durchwahl: - 2221)
Telefax: (030) 2000 - 1999 Behördennetz: (030) 18 200 - 1999 (Durchwahl: - 1923)

- 2 -

Bundespräsident, dem die wahrhaftige und faire Aufarbeitung auch der dunklen Kapitel der Vergangenheit – wie Sie sicher wissen – ein wichtiges Anliegen ist.

Das Auswärtige Amt hat mir auf Nachfrage mitgeteilt, dass die Deutsche Botschaft in Bukarest die Umsetzung und Anwendung des Gesetzes weiter kritisch beobachten wird. Zwar können wir gegenwärtig keine Gelegenheit erkennen, bei der der Bundespräsident Ihr Anliegen in geeigneter Weise zur Sprache bringen könnte. Ich darf Ihnen gleichwohl versichern, dass auch wir den Umgang der rumänischen Regierung mit dem neuen Restitutionsgesetz aufmerksam mitverfolgen und in unserer Arbeit für den Bundespräsidenten im Blick behalten werden.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag


Sonia Stork